

PRESSEMITTEILUNG

Koblenz, 8. Juni 2026

Kundgebung bei Gesundheitsministerkonferenz: Wer an Hebammen spart, zahlt doppelt!

Am Mittwoch kommen in Hannover die Gesundheitsminister*innen zur Gesundheitsministerkonferenz (GMK) zusammen. Zu diesem Anlass protestieren Hebammenlandesverbände und der Deutsche Hebammenverband (DHV) gegen das geplante Beitragssatzstabilisierungsgesetz und für bessere Arbeitsbedingungen.

Alle 16 Landesverbände sowie der Bundesverband werden vor Ort bei einer Kundgebung direkt mit verschiedenen Landesminister*innen ins Gespräch gehen und ihre Forderungen sichtbar machen.

Dazu sagt Hilke Schauland, 1. Vorsitzende des Hebammenlandesverbandes im gastgebenden Bundesland Niedersachsen:

„Wir fordern den Erhalt der vollständigen Refinanzierung von Personalkosten bis zur Tarifgrenze – einschließlich Leitungsfunktionen, Hebammenkreißsälen und Praxisanleitung. Wir nehmen den Bundesrat beim Wort, dass sich die Länder hierfür einsetzen werden. Das Einfrieren des Pflegebudgets ab 2027 gefährdet die Hebammenversorgung in Kreißsälen massiv. Statt der notwendigen Eins-zu-eins-Betreuung drohen wieder Betreuungsrelationen von einer Hebamme auf bis zu fünf Gebärende. Die Folgen sind mehr Interventionen, höhere Folgekosten, eine stärkere psychische Belastung der Frauen sowie eine zunehmende Abwanderung von Fachkräften.“

Ursula Jahn-Zöhrens, Beirätin für den Freiberuflichenbereich im DHV-Präsidium, ergänzt:

„Wir begrüßen, dass der Bundesrat sich gegen eine Deckelung des Pflegebudgets ausgesprochen und zu einer Refinanzierung der Tariflöhne bekannt hat. Aber das allein reicht nicht aus. Die Sicherung von Personal und qualitativer Versorgung muss auch im ambulanten Bereich umgesetzt werden.“

Die dauerhafte Begrenzung der Vergütungssteigerungen muss ersatzlos gestrichen werden. Nicht nur ist das eine ungerechte und dauerhafte Schlechterstellung aller freiberuflich tätigen Menschen in den Gesundheitsberufen. Hebammen werden doppelt gestraft, da sie gerade erst den mangelhaften Hebammenhilfevertrag hinnehmen mussten. Wenn jetzt nicht nachgebessert wird, droht der Berufszweig wegzubrechen, obwohl die Studierendenzahlen in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Hebammen brauchen eine funktionierende Selbstverwaltungsstruktur, eine angemessene Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen.“

PRESSEMITTEILUNG

In Mainz macht **Juliane Müller, 1. Vorsitzende des Hebammenlandesverbands Rheinland-Pfalz** am Dienstag den Auftakt Schulter an Schulter mit der Krankenhausgesellschaft, der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und weiteren Bündnispartnern aus Rheinland-Pfalz in einem gemeinsamen Pressegespräch, um die Landesregierung vor den erheblichen Folgen durch die Sparpläne der Bundesregierung zu warnen: **„In den letzten Jahren sind wir in unserem Bundesland trotz der Herausforderungen durch das Wegsterben von Kreißsälen, durch Hebammenmangel und Versorgungslücken sowohl in ländlichen Bereichen als auch in Ballungsgebieten schon wichtige Schritte gegangen hin zur 1-zu-1-Betreuung und für eine bessere ambulante Versorgung der Familien, die nun durch das geplante Beitragssatzstabilisierungsgesetz auf Bundesebene stark gefährdet werden. Es wird nicht über andere oder neue Gesundheitsversorgungsmodelle und Verteilung, sondern ausschließlich über Kürzungen nachgedacht, die auf den Rücken derer ausgetragen werden, die die Gesundheitsversorgung unserer Gesellschaft im Land sicherstellen.“**

Weitere Informationen:

Der DHV hat ein Positionspapier mit fünf Forderungen zum Erhalt der Geburtshilfe und Hebammenversorgung in Deutschland vorgelegt:

[DHV-Positionspapier zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz \(PDF\)](#)